

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

24.10.1923 (No. 244)

Zeitspreis (freiwillig) durch Decker Nr. 320 000 000. (b. d. Abholstelle in Karlsruhe 300 000 000).

Badischer Beobachter

Anzahl der Abonnenten: 13 000 000. In den Reichstagsgebäuden: 13 000 000.

Verlegerin und Herausgeberin: Frau G. L. Lohmann (Wid. v. Lohmann, Direktorin), Notationsdruck der „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Erscheinensweise: zweimal wöchentlich. — Preis: 10 Pf. für den Abonnenten, 20 Pf. für den Einzelnen.

Hauptverleger: Dr. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Th. Meyer.

Erfolg und Niederlage der Separatisten.

Die Aktion der Sonderbündler.

Die bis jetzt aus dem Operationsgebiet der rheinischen Sonderbündler vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß der neuesten Aktion doch eine größere Erfolgskraft innewohnt als jeder früheren, und daß es ganz verfehlt wäre, darüber mit ein paar alltäglichen Bemerkungen hinwegzugehen. Zwei Dinge sind den Sonderbündlern diesmal zufließen gekommen: einmal die jeilich und förmlich gerühmte Haltung der Rheinländer nach monatelanger Verdrückung manniach: Art und weiterhin die Tatsache, daß die Separatisten mit Waffen ausgerüstet sind, während der übrigen Bevölkerung das Waffentragen streng verboten ist.

daß sich unter den Angreifern verkleidete Polizisten befunden haben. Die Polizei selbst griff erst später ein unter dem Vorwand, die Ordnung wieder herzustellen, als Mut bereits verloren war.

Der Sonderbündlerführer des Journal gibt über die zum Teil gescheiterte, zum Teil erfolgreiche Heberung eine ausführliche Darstellung. In München-Grabbach rückten am Montagabend die Sonderbündler in das Rathaus an und begaben sich unzugänglich vor das Rathaus. Ihre Führer verhandelten mit dem Bürgermeister, der sich bereit erklärte, der Proklamierung der Rheinischen Republik keinen Widerstand entgegenzusetzen. Sie trafen einige Maßnahmen, um auf den Gebäuden die Fahne zu hissen. Als sie jedoch nach einigen Augenblicken nach dem Bürgermeisterrat zurückkehrten, in der Absicht, es militärisch zu befehlen, fanden sie sich den Polizeikräften der Stadt gegenüber. Sämtliche Türen und Fenster des Rathauses waren verbarrikadiert und die blauen Polizei forderte sie auf, sich unzugänglich zu stellen. Die Separatisten wagten, da sie nur in ungenügender Zahl vertreten waren, keinen Angriff auf das Rathaus und begnügten sich im übrigen damit, die anliegenden Straßen zu besetzen. Kommunisten und Nationalisten beauftragten eine Generalübung und versuchten überhastet, die Sonderbündler zu umzingeln. Am Nachmittag hat der Landrat aus eigenem Entschluß sein Amt niedergelegt.

Nach den uns am Morgen vorliegenden Meldungen halten sich Erfolge und Niederlage der Sonderbündler noch die Waage, doch deuten alle Anzeichen darauf hin, daß der kurz gefasste Teil der rheinischen Bevölkerung in freier wieder völlig Herr der Situation sein wird. So hat die erregte Bevölkerung in

München kurzes Federlesen mit den Separatisten gemacht und sie gestern mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Ebenso sind die Sonderbündler in

München-Grabbach erledigt. Sie zogen sich nach einer tüchtigen Prügelei in ihr Hauptquartier, einer Wirtschaft, zurück und wehrten sich dort, indem sie zahlreiche Schüsse abgaben, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei drang in die Wirtschaft ein und entwarf in die Sonderbündler, die schließlich gegen 11 Uhr aus der Stadt abzogen. Die Besatzungsbehörden schritten selbst nicht ein, sondern sorgten nur dafür, daß die Polizei Abwehrmaßnahmen vornahm, um weitere Mißhandlungen der Sonderbündler durch die empörte Menge zu verhindern.

In Mainz haben die Sonderbündler ebenfalls abgewirkt. Im Laufe des gestrigen Tages kam es wiederholt zu Zusammenstößen. Die Separatisten hielten die Polizeibestriebe 5-7 besetzt. Aus dem Bezirk 7 sind sie wieder hinausgeworfen worden. Gestern vormittag 11 Uhr rückten die Gendarmerien dort ein. Man erwartete, daß es gestern nachmittag wieder zu Zusammenstößen kommen würde. Wie verlautet sind die Separatisten von den berittenen Spahis, die in der Stadt patrouillierten, entworfen worden. In der Bevölkerung herrscht große Erbitterung. Das Rathaus ist von den Franzosen besetzt und abgesperrt.

Wiesbaden in der Hand der Sonderbündler. Am Montagabend gegen 8 Uhr haben die Separatisten durch bereit gestellte Stoßtruppen, die unter dem Befehl Dortens stehen, das Rathaus besetzt und die Beamten dort festgehalten. Auf Verwendung des französischen Delegierten hin wurden die Beamten der Stadt später entlassen. Während dieser Vorgänge sammelte sich vor dem Rathaus eine größere Menge an, die gegen das Vorgehen der Separatisten Stellung nahm. Um 10 Uhr fielen von dem Rathaus her die ersten Schüsse gegen die Volksmenge, die daraufhin auseinanderlief, um sich vor dem Polizeipräsidium, wo inzwischen Polizei eingetroffen war, wieder zu sammeln. Auch hier haben die Separatisten eine Salve ab, durch die nach dem Echo zu Rhein 10 Personen mehr oder minder schwer verwundet wurden. Unter diesen war ein französischer Militär erkrankt, das den Wok um das Rathaus, das Regierungspräsidium und das Polizeipräsidium absperrte. Heute früh zogen französische Truppen mit Artillerie und Maschinengewehren durch die Straßen, um sie zu säubern. Der Ordnungsdienst auf den Straßen wird durch einheimische Parteigänger Dortens ausgeführt, die durch grünweiß-rote Armbinden kenntlich gemacht sind. Die Gewerkschaften haben den Generalstreik proklamiert. Die Ausrufung der Rheinrepublik geschah übrigens im Rathaus während einer Aufführung von Hanns „Fahreszeiten“. Die Macht in Wiesbaden ist augenblicklich in den Händen der Separatisten.

Die Separatisten auch in Bonn. Im Laufe der Nacht von Montag auf Dienstag ist es den Separatisten gelungen, sich der öffentlichen Gebäude in Bonn, darunter des Rathauses, zu bemächtigen, die jetzt in ihrer Hand sind.

Ausruf der Rheinländer. Köln, 23. Okt. Die vereinigten politischen Parteien des Rheinlandes veröffentlichten folgenden Ausruf: Rheinländer! Bewaffnete Verbände der Sonderbündler versuchen in einer Anzahl rheinischer Orte die öffentlichen Gebäude zu besetzen und sich der

Verwaltung zu bemächtigen. Sie vermehren dadurch in verbretterischer Weise das Unglück unseres Volkes. Rheinländer, vertraut in diesen schweren Tagen unseres Landes, unjeren Führern. Habt Vertrauen zu den politischen Parteien. Sie sind sich ihrer Aufgabe und Verantwortung bewußt und werden ihre Pflicht tun. Größere denn je ist gegenwärtig die auf uns allen lastende Verantwortung.

Ein englisches Urteil. Lloyd George führte in einer Rede im Hinblick auf die rheinische Abfallbewegung aus, daß Frankreich die Führer der Bewegung bezaehlt habe und daß das Werk des Quai d'Orsay sei.

Hambura im Belagerungszustand.

Schwere Ausschreitungen von Streikenden. — Kommunische Rufenwendung der Lage. — Die Streikenden Belegstellen der Ruffanwerft zu Hundertschaften formiert.

Hambura, 23. Okt. Im Laufe des gestrigen Tages hat sich die allgemeine Lage sehr verschärft. Die Arbeiter verschiedener großer Werke haben die Arbeit niedergelegt. Sie verblieben zwar in den Betrieben; gearbeitet wurde jedoch nicht. Am Nachmittag kam es an verschiedenen Stellen zu Ansammlungen. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her. Verschiedene Polizeibeamte wurden durch Messerische verletzt. Die Protokolle wurden gestern vom Publikum gesäubert.

Seite früh kam es im Stadtteil Bernbeck zu Zusammenstößen; auch wurde geschossen. Vorort- und Hochbahn verkehrten zur Stunde nicht.

Ueber die Vorgänge in Hamburg berichtet die B. Z. am Mittag nach: Die Preissteigerungen der letzten Tage, die von Kommunisten zur Aufhebung der Bevölkerung benutzt wurden, haben zu einer berartigen Erregung der Bevölkerung geführt, daß heute noch an verschiedenen Stellen die Polizeibeamten der grünen Polizei geräumt wurden. Zum Teil gelang es auch, die Schutzpolizei zu entwaffnen. Doch trafen beim Morgenraunen Verstärkungen ein. Unter heftigen Feuerschüssen gelang es heute früh acht Uhr, den größten Teil der Wachen wieder zu entlassen. Währenddessen wurde ein großer Teil der Lebensmittelläden gesperrt. Straßen- und Hochbahn mußten teilweise den Betrieb einstellen. Um einzelne Polizeimächte wird noch gekämpft.

Hambura, 24. Okt. Ueber das Großhamburger Gebiet ist der verschärft Belagerungszustand verhängt worden. Infolgedessen darf niemand zwischen 11 Uhr abends und 6 Uhr morgens die Straßen betreten und alle nach den Straßen gelegenen Fenster müssen geschlossen bleiben.

Hambura, 24. Okt. Die Lage auf den Werften hat sich gestern imofern verschärft, als nunmehr auf der Reichert-Schiffswerft und den Maschinenwerken die Arbeiter gestern mittag die Arbeit verließen. Infolgedessen hat auch diese Werft ihre gesamten Belegschaften entlassen. Der Kampf um die Wache 42 in Gimsbüttel war außerordentlich heftig. Die Arbeiter schossen aus Häusern, von Dächern und aus Vorgärten. Soweit bis jetzt bekannt ist, hat die Ordnungspolizei bei diesen Vorgängen einen Beamten verloren, mehrere sind verwundet worden. Um 2 Uhr nachmittags wurde Wache 32 in Barbeck genommen. Die Säuberungsaktion wird fortgesetzt. Auch hier verlor die Polizei einen Toten. Mehrere Beamten wurden verwundet. Im Hamburger Hafen herrscht Ruhe. Die Zugänge zum Hafen sind teilweise ganz geschlossen, zum Teil nur für beschränkten Verkehr geöffnet.

Bremen, 24. Okt. Nach einer Meldung des Nordwestdeutschen Landesdienstes aus Beegesack trat die Arbeiterchaft der Ruffanwerft gestern vormittag aufgrund einer angeblichen Generalstreikproklamation in den Streik. Aus den Belegschaften bildete man proletarische Hundertschaften, welche die Telefonzentrale besetzten und die Direktoren unter Aufsicht von Arbeiterführern stellten. Die Wertausgänge wurden von Posten besetzt und die Mannschaften bewachten die Gebäude. Die Mitglieder der Hundertschaften wurden auf ihre Führer verpflichtet.

Auch auf der Bremer Wollkammerei in Blumental soll es zu Zwischenfällen gekommen sein. Weiter ist in verschiedenen größeren Industriebetrieben Bremens die Arbeitseinstellung verhindert worden. Durch das Eingreifen der Betriebsräte konnte aber die Arbeitsniederlegung vermieden werden, da festgestellt werden konnte, daß es sich um eine falsche Parole gehandelt hat.

Der Konflikt mit Bayern und Sachsen.

Staatspräsident Hieber will vermitteln.

München, 24. Okt. Der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber ist gestern nachmittag in München eingetroffen, um für seiner Weise zu den Reichstagsverhandlungen in Berlin mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Kallinng über die politische Lage persönlich Rücksicht zu nehmen. Die Initiative des württembergischen Staatspräsidenten, der wohl eine vermittelnde Tätigkeit ausüben versucht, kommt immerhin einige Bedeu-

Vom Tage.

Heute tritt der Reichstag zur Besprechung der bayerischen Frage zusammen. Noch diese Woche will die Reichsregierung nach einer neuen Bekanntmachung wertvollende Zahlungsmittel in Umlauf bringen.

Die Reichstagsführung vom 26. Oktober wurde verschoben. Das Reichskabinett hielt gestern abend eine Sitzung ab.

In Birna kam es zu Zusammenstößen zwischen Reichswehr und Demonstranten. Die Lage in Hamburg hat sich verschärft. Bis jetzt wurden von den gestrigen Aufständen und noch nicht zum Abschluß gekommenen Zusammenstößen 14 Tote und 108 Verletzte gemeldet.

tung zu, nachdem vorgefesselt in Stuttgart die Konferenz der Vertreter der Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen zu dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich Stellung genommen hatte. Inzwischen setzten die bayerischen Demokraten ihre Bemühungen fort, auf die bayerische Regierung im Sinne einer einheitlichen Volkswirtschaft einzuwirken. Die demokratische Landtagsfraktion hat gestern nachmittag eine längere Sitzung über den innenpolitischen Konflikt abgehalten und ihr Vorsitzender Hb. Dr. Dirr hat sich mit einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Dr. v. Kallinng gewandt. In der von den Demokraten und Sozialdemokraten angeführten Einberufung des bayerischen Landtags schreibt heute die offizielle Bayerische Staatszeitung, es werde sich dann wohl Gelegenheit finden, vor aller Welt noch einmal feierlich zu betonen, daß das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung nichts mit einer Antastung des Reichsgeheimnisses zu tun habe, sondern gerade im Interesse der Einheit des Reichs und der Bewährung und Kräftigung der Reichstreue aller Glieder erfolgt.

Die sächsische Bevölkerung beauftragt den Einmarsch der Reichswehr.

Dresden, 24. Okt. Der Vorparlament der 23. Okt. durch Dresden marschierenden preussischen und sächsischen Truppenteile, vier Bataillone Infanterie, eine Eskadron, fünf Batterien vor General Müller hatte eine große Aufhauer menge auf die Beine gebracht. Die Truppen wurden freudig begrüßt. Gegen einzelne radikale Schreier wurde von den Truppen selbst eingeschritten und zur vorläufigen Festnahme gebracht. Ernstliche Zwischenfälle kamen nicht vor.

Mittiger Zusammenstoß mit der Reichswehr.

Dresden, 24. Okt. Beim Einmarsch des zu den Truppen des Generals Felsch gehörenden 2. Bataillons des Infanterieregiments 10 in Birna kam es zu einem Zusammenstoß mit einer losenden und bleibenden, aus radikaler Jugend bestehenden Menge, die den Truppen den Weg versperren und trotz mehrfacher Aufforderung nicht auseinanderging. Die Reichswehr machte von der Schusswaffe Gebrauch und wurde gleichzeitig aus einem Haus am Markt beschossen. Die Truppen hatten keine Verluste; von den Demonstranten wurde einer erschossen, ein anderer verletzt. Die Ordnung wurde wieder hergestellt.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Rom Donnerstag den 25. Oktober, ab werden die Schließjahre für die Eisenbahntarife im Personenverkehr auf 1 1/2 Milliarden und im Güterverkehr auf 3 Milliarden festgesetzt.

Warum muß man Zeitung lesen?

Unter dieser Ueberschrift bringt die Frankfurter Zeitung folgende sachdienliche Aufklärung der Leserchaft: Niemand ist die Zeitung für den Einzelnen so wichtig gewesen wie jetzt. Das Lesen einer Zeitung bedeutet: Verbundenheit mit Deutschlands Schicksal, Deutschlands Zukunft.

Wer sich als Glied des Staates fühlt, und, eingeordnet in die große Maschinerie, spürt, wie er höchst persönlich an der Erhaltung des Ganzen beteiligt ist, der wird wissen, warum er die Augen offenhalten muß. Er wird hören müssen, was in Politik und Wirtschaft vor sich geht.

Wer keine Zeitung liest, schaltet sich aus der Allgemeinheit aus und löst die Verknüpfung mit den Zeitfragen, die eben angehen, ob er will oder nicht. Die Not der Stunde bringt es sogar mit sich, daß jeder, der die Zeitung nicht täglich und regelmäßig liest, wirtschaftliche Schädigungen erleidet. Denn: Die Zeitung ist als Verbindungsglied aller behördlicher Anordnungen, aller Preisbewegungen und Entwicklungsmöglichkeiten verwaschen mit dem Organismus von Stadt und Staat.

Darüber hinaus gibt die Zeitung ein mit allen Hilfsmitteln modernster Technik hergestelltes, ständig wechselndes Bild der Vorgänge im eigenen Lande und in der Welt. Kritische Beiträge fachlich geschulter Männer tragen zum Verständnis der jeweiligen Situation bei. Stunde um Stunde laufen auf Telefon- und Telegraphenleitungen radiotelegraphisch und durch Flugpost aus allen Ländern die Nachrichten heran und klären die politische und wirtschaftliche Lage.

Ein so großartig hergestellter täglicher Film der Welt kostet sehr viel Geld. Jeder weiß heute, daß Papier, Farbe und Materialien wie Metalle und vieles andere, die täglich in großen Mengen gebraucht werden, weit über dem Weltmarktpreis stehen. Um sich zu erhalten und der Allgemeinheit und dem Einzelnen weiter dienen zu können, ist die Zeitung verpflichtet, die Preise zu nehmen, die ihr die Fortsetzung zeitung zu bezahlen.

Renabbaus.

Am 10 Uhr haben im den mit den Beamtentabau wurde mit einigen Finanzministern. Insbesondere darauf des Reichs sei, die es Sparmaßnahmen liegen nicht ein tüchtiger und erhalten bleibe. Um g e h e n lassen.

port.

London 1:0 (1:0). obige Mannschaften abblura zum Verblura mit 10 Mann. achte sich bei Mühschick entwickelte sich dem Tempo wandern gab es fürwiegende schritten jedoch jeden der Nachhaken an den Halbkreisen, ngen vergrößert, der hier einsetzt. 1:0 erer Kampf beider Viertelfunde leicht sich fast wieder Spiel. Doch größter Mestalt bis Halbzeit muß Mühschick durchzuführen, da der schienen vor. Dazus sich heraus, Mühschickger Verleidiel nimmt der Mühschick 3 Weiteren weg, ein sicheres und einige Eden, die tande 1:0 für Mühschick interessante Spiel leute auf und wird für Geener abgeben. einachseil, der sich t. Auch der Links, muß nur noch seine Stürmer und Mühschick erlang Punkte und steht am und 15:0 Tore an ang leitete das Spiel Sch.

arte Karlsruhe.

ung bis Mittwoch, eist wolg und zeit

Bohnhans

Freiburg ist sofort schones Haus zu verofferter Verleihung im Einbau von Wäskreihurg — geantennumer, Tab, Schiden, rei. Auch geantell für Darin beizubehalten mit großem Einwerden oder wird Kaufpreis je 10 Taur und Geld ist. Unbeding

Veränderung der rheinischen Abfallbewegung

Nach Mitteilungen aus dem besetzten Gebiete zu reiten, hat die Abfallbewegung in den letzten 24 Stunden an Ausdehnung gewonnen. In Mainz sind gestern abend 8 Uhr 200 Mann der separatistischen Stoßtruppen abgedrungen um haben das Bürgermeisterrat in Wiesbaden besetzt. Sie verhafteten ungefähr 80 Polizisten und entwaffneten sie. Dann hielten sie die befallene Fabrik auch auf den öffentlichen Gebäuden. Hierauf suchten Gegenmonstranten sich des Rathauses wieder zu bemächtigen, doch wurden sie von den separatistischen Stoßtruppen, die sehr aus ausgerüstet sind, eine weiteres zurückgedrungen. Bei dem Zusammenstoß sind einige Personen verletzt worden. In Trier haben die Sonderbündler gestern abend 10 Uhr die Regierungsgebäude besetzt, ohne daß es zu einem Zwischenfall gekommen wäre. Ueber den Misserfolg der Befreiung der Stadt Koblenz kann der Berichterstatter des Matin keine Angaben machen. Der Bürgermeister von Koblenz, Herr Müller, hat dem Berichterstatter zufolge die Sonderbündler, die zur Befreiung des Rathauses schritten wollten, in einen Hinterhalt gelockt. Der offizielle Delegierte der Partei Dorten, Herr Ohmen, hatte sich in der Sitzung des Führers der rheinischen Stoßtruppen, Herrn Müller, zum Bürgermeister gegeben und ihm bedeutet, es zu widersprechen, sich der Ausrufung der Rheinischen Republik zu stellen, da ein Wunsch der Bevölkerung damit in Einklang ginge. Ohmen fügte hinzu, er hoffe, daß er zu Gewaltmitteln zurücknehmen müsse. Der Bürgermeister erwiderte darauf, daß er sich damit einverstanden erkläre und wollte Befehl geben, um die Entlassung der Polizei zu veranlassen. Die Sonderbündler richteten sich an, auf den öffentlichen Gebäuden die Fahne aufzuziehen. Gegen 1 Uhr fanden sie ungefähr 800 Mann stark, vor dem Rathaus ein. In ihrer großen Ueberzahlstellung stellen sie jedoch fest, daß die Gegner ihnen zuborgekommen waren und sich im Rathaus verschanzt hatten. Die Separatisten wurden von Neubeschüssen empfangen und haben etwa zehn Mann an Schwerverletzten eingebüßt. Sie besaupen,

Die neue Beamtenpolitik im Reich.

Von Berlin aus werden uns über die Verordnungen, die das Reichsfinanzministerium betreffs des Beamtenabbaus getroffen hat, die nachfolgenden Mitteilungen gemacht. Wir möchten ihnen kurz einige Bemerkungen vorausschicken. Es ist klar, daß wir diese Mitteilungen objektiv wiedergeben, ohne selbst Stellung dazu zu nehmen. Aus der einen oder anderen Richtung der letzten Tage aus Beamtenkreisen ersehen wir nämlich, daß manche unserer Leser aus den Beamtenkreisen es beanstanden, wenn die Presse Mitteilungen über Gehalts- und andere die Beamten betr. Verhältnisse bringt, auch wenn diese Mitteilungen irgend einem Nachrichtenbüro entstammen, das des Gehalts ist, den Beamten damit einen Dienst zu erweisen. Wir haben deshalb schon längere Zeit möglichst die Praxis befolgt, über Beamtenfragen nur das Allernotwendigste zu bringen und besonders Gehaltsfragen mit aller Delikatesse zu behandeln, wobei wir übrigens glauben, daß kein Mensch mehr angefaßt der Entwicklung auf dem Waren- und Geldmarkt glauben wird, daß die Beamten besonders gut daran sind. Die letzte Entwicklung stellt vielmehr alle Festbedolten geradezu vor die Katastrophe. Andererseits möchten wir aber doch auch erwarten, daß man heute allerseits eine gewisse Ueberempfindlichkeit ablegt, die in jedem Artikel nach Spigen sucht, die irgend einer bösen, hinterhältigen Absicht entkräften. Die Zeiten sind heute robuster und die Anforderungen, die die Zeit an uns alle stellt, sind ebenso robuster. Wir alle müssen uns daher darauf einrichten. Mit Zimperlichkeit ist heute nichts anzufangen. Wir haben es heute zunächst wenigstens nicht mehr in der Hand, die Verhältnisse so einzurichten, wie wir es gerne hätten, sondern müssen uns, so schwer es wird, nach den Verhältnissen richten.

Und nun zur Sache. Das Reichsfinanzministerium hat nunmehr die Verordnung über den Beamtenabbau fertiggestellt. Inzwischen haben auch die Besprechungen mit den zuständigen Beamtenorganisationen stattgefunden. Die Verordnung sieht eine Pensionierung von Reichsbeamten mit dem Ablauf des Monats vor, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendet haben. In solchem Fall müssen die Beamten pensioniert werden. Daneben tritt eine Kanon-Vorschrift. Danach können Reichsbeamte, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand versetzt werden. Weiter sieht die Verordnung die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand für lebenslänglich und nicht lebenslänglich angestellte Reichsbeamte vor. Ferner können außerplanmäßig, und im Vorbereitungsdienst befindliche Beamten ohne Gewährung von Wartegeld entlassen werden. Ohne Abfindung können sodann Beamte, die auf Probe, auf Kündigung, auf Dienstvertrag usw. angestellt wurden, entlassen werden. Sehr wichtig ist die Bestimmung, wonach im Gegensatz zum heutigen Recht, eine Versetzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichartigen Laufbahn auch dann erfolgen kann, wenn dieses Amt einen geringeren Rang oder ein geringeres planmäßiges Einkommen hat. In solchen Fällen bleibt aber den Beamten die bisherige Amtsbezeichnung. Weiter sieht die Abbauregung vor, daß Neuanstellungen von Beamten oder Annäherern, wie überhaupt alle Beamtenmaßnahmen, die neue Ausgaben mit sich bringen, nicht mehr erfolgen dürfen. Zahlenmäßig brücken sich die Abbaupläne der Reichsregierung in der Verringerung des Beamtenkörpers um 1/4 des jetzigen Bestandes aus. Mindestens 25 Prozent der ab 1. Oktober 1923 im Dienst befindlichen planmäßigen oder außerplanmäßigen Reichsbeamten haben auszuscheiden, und zwar 5 Prozent der Gesamtzahl vor dem 1. Februar 1924, 5 Prozent vor dem 1. März 1924, und 5 Prozent vor dem 1. April 1924. Bei allen diesen Maßnahmen, bezw. des Abbaues der Beamtenenschaft, wie aber auch der Vorkreuzungen zur Erhöhung der Leistungen hat man sich im wesentlichen auf die Erfahrungen gestützt, die in allen diesen Dingen in Österreich gemacht worden waren. Der Beamtenabbau ist notwendig, nachdem mit Schaffung der Rentenmark die Notenpresse eingestellt wird, und das Reich also nicht mehr in der Lage ist, sich auf diese Weise die Mittel zu verschaffen. Der verbleibende Teil der Beamtenenschaft wird daher einer höheren Arbeitszeit als der jetzigen unterworfen, und zwar beabsichtigt die Reichsregierung, die Arbeitszeit bei allen Reichsbehörden von acht auf neun Stunden täglich zu erhöhen. Daneben werden noch besondere Ersparungsmaßnahmen vorgenommen, von denen die jetzt verfügte, teilweise recht empfindliche Kürzung der Gehälter der Auslandsbeamten, die um 10-15 Prozent herabgesetzt wurden, nur den Anfang darstellt. Man ersieht also daraus, daß die Reichsregierung sehr erhebliche Eingriffe beabsichtigt, die in wirtschaftlichen und sozialen Folgerungen heute noch gar nicht übersehen werden können. Es wird sich jetzt erst herausstellen, welche Opfer ein Volk, das unter den Lasten eines verlorenen Krieges zu stehen hat, für den Wiederaufbau auf sich nehmen muß.

Innere Politik.

Neue Verordnungen der Reichsregierung.

Zur Steuerung der Wirtschaft.

Berlin, 23. Okt. Zur Behebung der Schwierigkeiten, die sich infolge des Steigens des Dollarkurses und daran anschließender Störungen des Warenverkehrs ergeben haben, hat die Reichsregierung eine Anzahl einschneidender Verordnungen erlassen. Neben diesen Verordnungen besteht die Reichsregierung die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel mit äußerstem Nachdruck. Um die Zeitpanne bis zur Ausgabe der Rentenmark auszufüllen, werden wie schon bekannt, kleine Stücke der Goldanleihe hergestellt und in Kürze ausgegeben. Die Regierung wird auch allen geeigneten Stellen und unter den selbstverständlichen Bedingungen die Genehmigung erteilen, daß Industrieerwerbe von sich aus auf kurze Zeit wertbeständiges Notgeld ausgeben können. Ueber die Einführung von Goldschecks der Banken wird verhandelt. Die Regierung sieht sich erneut zu Eingriffen in die Kursfeststellungen gezwungen und hat deshalb die Vorschriften der Verordnungen über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarkursanweisungen zum Einheitskurs aufgrund des Ermächtigungsgesetzes für das ganze Reichsgebiet erneut in Kraft gesetzt. Die Inhaber der Geschäfte, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs feilgeboten werden, werden für verpflichtet erklärt, ihre Verkaufsräume wertmäßig zu bestimmten Stunden zur Abgabe von Waren offen zu halten, sowie ihre Waren gegen Bezahlung in deutscher Reichsmark abzugeben. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften kann auf Geld- und Freiheitsstrafen erkannt werden. Außerdem können die Verwaltungsbehörden die Schließung der Betriebe anordnen. Gegen Plünderungen und gewalttätige Wegnahme von Waren werden schwere Strafen angefündigt.

Der neue Reichsernährungsminister an die Landwirtschaft.

Berlin, 23. Okt. Reichstagsabgeordneter Graf Kanitz ist zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt worden. Er veröffentlicht folgenden Aufruf:

An meine Berufsgenossen!

In schwerer Not des Vaterlandes habe ich das Reichsernährungsministerium übernommen. Zum ersten Mal ist ein praktischer Landwirt für dieses Amt ausersehen worden. Ich bin aus meiner Partei ausgeschieden, weil sie im Kampfe gegen die heutige Reichsregierung steht. Dieser Entschluß ist mir schwer geworden. Er mußte aber gefaßt werden. Ich habe jeder Parteipolitik vorläufig entsagt, weil ich der Ansicht bin, daß auf dem Wege der reinen parteipolitischen Auseinandersetzung Deutschland nicht gerettet werden kann und ich glaube vor allem, daß außerordentliche Zeiten auch außerordentliche Entschlüsse und Opfer des Einzelnen erfordern. In dem derzeitigen Reichskabinett werde und kann ich lediglich für mein Vaterland arbeiten und meine Aufgabe hauptsächlich darin sehen, im Rahmen des heute Möglichen Ernährungsmittel für das hungernde Volk zu beschaffen, damit es die kommende schwere Krise noch lebend übersteht. Daß ich als praktischer Landwirt nicht zu keinerlei Maßnahmen verfahren werde, welche die Produktion lähmen und die zur

Durchführung der furchtbaren Not erforderlich sind, ist selbstverständlich. Es geht nicht an, daß in höchster Not des Vaterlandes wichtige Berufsstände infolge parteipolitischer Bindungen und Hemmungen absteht stehen, ohne helfend einzugreifen. Das jahrelange Verfahren wertvoller Teile des Volkes, in mehr oder weniger negativer Opposition zu stehen, mag in normaler, friedlicher Zeit seine Berechtigung haben. Heute aber ist es sehr bedenklich. Denn aus dem infolge solchen Verstehtehens heute mit Sicherheit zu erwartenden politischen und wirtschaftlichen Chaos kann nur der Verfall und der Untergang Deutschlands, nicht aber die wirtschaftliche Erhaltung Deutschlands entstehen. Diese, die ich dringend erhoffe, wird nur kommen, wenn die Reichsregierung erhalten bleibt und kein Hungersturm entweht. Berufsgenossen! Denkt an die furchtbare, unbegreifliche Not in den Städten, denkt daran, daß täglich wertvolle deutsche Menschenleben buchstäblich verhungern, denkt daran, daß ein neues, glückliches Deutschland niemals aufzubauen ist, wenn die Städte sterben! Helft mir bei meiner unangenehm schweren Aufgabe vorwiegend Lebensmittel zu beschaffen, eine Aufgabe, die, wenn überhaupt einigermaßen, nur mit Eurer freiwilligen und verständigen Mitarbeit zu lösen ist.

Das Verfahren gegen die Kärntner Postkassen.

Köln, 23. Okt. Der heute vernommene Adjutant Herzog, Oberleutnant Vogt hat Verhaftungen aufgestellt, deren Festsetzung den Beweis für die Unschuld der meisten der Angeklagten erbringen würde. Darnach hätte sich am 1. Oktober, 10 Uhr vormittags, nach der Feststellung der Verhaftung der Majore Buchrucker und Herzog die Abteilung im Zeughof dem Befehl der Kommandantur unterstellt. Sie hätte um 2 Uhr mittags ihre Waffen niedergelegt. Die Kommandantur wäre davon unterrichtet gewesen, daß der Führer der sog. Entlastungsabteilung am Montag abend 7 Uhr nichts gegen die Reichswehr unternehmen wollte. Die Kraftwagen wären trotzdem aber erst auf dreimaligen Befehl des Obersten Cudowitsch beschossen worden. Am 10 Uhr abends wäre auch die bevorstehende Waffenabgabe dieser Leute gemeldet worden. Von den Postkassen wäre nicht ein einziger Schuß abgegeben worden.

Die Wahlen in Oesterreich.

zeigen ein bemerkenswertes Bild. Wenn das Endergebnis auch noch nicht sicher feststeht, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die Christlichsozialen auf der einen Seite und die Sozialdemokraten auf der anderen Seite die Gewinnenden sind. Was das Ergebnis ist, hat verloren bezw. wurde von den Wählern nicht weiter in Betracht wert gehalten. Die Mandatszahl überhaupt wurde gegen bisher verringert von 188 Abgeordneten auf 165. Bisher hatten die Christlichsozialen 85 Mandate, die Sozialdemokraten 69; aneinander werden auch die neuen Mandatsziffern beider Parteien nicht kleiner, so umständen einen Gewinn für beide. Großdeutsche dem relativ größer sein; das bedeutet unter diesen und deutscher Bauernbund haben bis jetzt zahlreiche Verluste zu verzeichnen; sie haben sogar ihre Führer zum Teil verloren. Von 28 bisherigen Mandaten haben sie bis jetzt 15 wieder bekommen; die bürgerliche Demokratie scheint überhaupt auszufallen. Die Nationalsozialisten haben offenbar im Gefühl ihrer Schwäche die Parole Wahlenthaltung ausgesprochen.

Im Wiener Gemeinderat haben die Sozialdemokraten die Mehrheit behauptet; sie hatten bisher 100 Mandate und zählen jetzt 78; die Christlichsozialen hatten 50 Mandate, jetzt 41; dazu wurde noch ein Jüdischer Nationaler gewählt gegen bisher 3. Ueber die allgemeine Bedeutung des Wahlausfalls, sowie über die weitere Entwicklung der parlamentarischen Verhältnisse in Oesterreich kann erst etwas gesagt werden, wenn das Resultat endgültig vorliegt; doch wird es auf keinen Fall zu einer Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten kommen, wie in manchen Zeitungen zu lesen war. Bisher standen Christlichsoziale und Großdeutsche im Koalitionsverhältnis; zu einem Wahlbündnis ist es aber zwischen den beiden Parteien nicht gekommen.

Kleine politische Meldungen.

Zur Ernennung des Grafen Kanitz zum Reichsernährungsminister. Graf Kanitz beabsichtigt, die künftige Ausgabe des Brotgetreides unter Heranziehung der beträchtlich angekauften Mehlreserven zu festgelegtem Preis zu betriebligen, um so einen stabilen und mit den Einkommensverhältnissen der breiten Massen in Einklang stehenden Brotpreis bei ausreichender Versorgung zu sichern.

Beschlagnahme der roten Fahne-Druckerei. Auf Anordnung des Bezirkskommandeurs ist von der Abteilung Ia im Berliner Polizeipräsidium die Friedrichstadt-Druckerei, in der früher die rote Fahne gedruckt wurde, beschlagnahmt und versiegelt worden. In dieser Druckerei sind in letzter Zeit Flugblätter und Aufforderungen zum Generalstreik hergestellt worden.

Kommunistenverhaftungen in Spandau. In Spandau wurde eine Kommunisten-Versammlung von der Polizei aufgehoben, wobei 17 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Von Rhein und Ruhr.

Besprechungen des französischen Arbeitsministers über die Wiederaufnahme der Arbeit.

Paris, 23. Okt. Der französische Arbeitsminister Le Troquer, der gestern früh in Düsseldorf eintraf, beabsichtigt laut Echo de Paris die Grube „König Ludwig“ zu besichtigen, die seit vier Tagen von den Franzosen selbst betrieben wird. Le Troquer wird sich außerdem mit Herrn Braoud, dem Leiter der franco-belgischen Regie über die Wiedereinstellung der deutschen Eisenbahner, sowie mit General De-goutte über die Wiederaufnahme der Arbeit überlegen besprechen. Wahrscheinlich dürfte auch der französische Arbeitsminister mit den französischen und belgischen Oberkommissaren im Rheinland über das Verhalten der Befehlshaber der angrenzenden Separatinstandgebieten in einen Meinungs-austausch eintreten. Istienkündigungen in einen Meinungs-austausch eintreten.

Kirchliche Nachrichten.

Weißhofs Dr. J. Stofels.

In Köln starb am 17. Oktober der hochwürdigste Herr Weißhof Dr. Stofels. Der Verstorbenen hat noch in den Augusttagen dieses Jahres den Freiburger internationalen Friedenskongress als stiller Besucher mitgemacht. Man darf damals denken, daß der noch jung und frisch aussehende Weißhof so bald schon abgerufen würde. Ein Herzleiden das ihn schon längere Zeit belästigte, hat diesen raschen Ausgang herbeigeführt. Die Köln Volkszeitung schreibt von ihm in ihrem Nachruf: Dr. Stofels war ein Eudäer, nicht nach der Wahrheit, die Befehle überzeugungstreue in seinem katholischen Glauben, aber nach neuen Wegen und Methoden, die angepaßt waren der Struktur der jetzigen Zeit und den Verhältnissen der Großstadt. Stofels, der meinte, daß die Menschen ihren Zeiten näher stehen, als ihren Vätern, hatte einen klaren Blick für theologische und gesellschaftliche Probleme der Gegenwart, doch, statt über dieselben nur zu disputieren, griff er mutig deren Lösung an, verließ dabei das Auge nicht vor dem, was moderne Psychologie und Pädagogik an neuen Erkenntnissen zutage gefördert, nahm das Gute, was immer es nach seiner Meinung zu finden war. In dieser Beziehung durfte der Herr, zumal der Jüngere, der ja meist in der Verwendung sich, sich um so ruhiger seiner Führung anvertrauen, als eine geübte theologische Durchbildung und eine begeisterte Sprache an die Kirche ihn nicht irgendwelcher Erneuerungssucht verächtlich erscheinen ließ und sein verständliches Leben maffellos und ein Leben nach dem Glauben war. Weitergehende Hoffnungen werden mit ihm zu Grabe getragen.

Aus dem sozialen Leben.

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

in Baden schreibt weiter, Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit nehmen immer größeren Umfang an. Kaum eine Berufsgruppe bleibt verschont. Auch für Hauswirtschaftliche macht sich jetzt ein Rückgang offener Stellen bemerkbar und es ist ein gegenüber früher vermehrtes Kräfteangebot für derartige Stellen festzustellen.

Der Kaplan von Heiligenberg.

9) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes von Hubertus-Straf Graf Strachwitz.

„Herr Kaplan, wo wollen Sie hin?“ Zwei laedende junge Stimmen der anscheinend längst verheirateten Helene und Toni, die dabei beschäftigt waren, kleine eiserne Tore für das Projektspiel unterhalb der Terrasse aufzubauen. Mit einem Fuß steckte Ziegler bereits in einem solchen Tor, wie in einer Mausefalle. Er wäre längst hingefallen, hätten die beiden ihn nicht angerufen. Ein Glück, daß Toni nicht allein auf dem Spielplatz war, er hätte sicher den Fall des Geistlichen gesehen lassen. Aber Helene dubelte es nicht.

Zur Strafe für seine Freiztreutheit mußte Ziegler mitpielen. Sie zwangen ihn, trotzdem er behauptete, keine Zeit zu haben, einen Sommer in die Sünde; er war Partei mit Helene gegen Toni, der mit zwei Kugeln spielte und unter lautem Geheul die Partie gewann. Noch eine „Revanche“. Dann aber ließ sich Ziegler nicht mehr halten und verabschiedete sich. Helene begleitete ihn durch den Park nach dem seltsamen Eingang, dem sogenannten Stadtor. Es kam selten vor, und Ziegler empfand, sie wünschte ihm etwas zu sagen. Was war es? Sie verzögerte ihre Schritte, da half er: „Was ist es, Komtefferl?“

Sie zerrückte eine volle rote Nase, die sie am Bege gebrochen hatte, und dann auf einmal: „Ich muß etwas gutmachen. Ich nannte Herrn v. Wernolt einen langweiligen Referendar, aber es ist nicht wahr, er ist nicht langweilig, sondern unterhaltend.“

So sehr sich Ziegler über die Ehrlichkeit ihres Charakters freute, so war ihm diese Aeußerung

wenig angenehm. Es genügte, daß der Referendar Helene anstimmelte, aber es war eben nicht wiinschenswert, daß das jugendliche Komtefferl ernstere Sympathien für ihn besaß.

„Ja, er mag unterhaltend sein, aber sonst, Komtefferl, etwas oberflächlich. Auch hört er zu den Neuen. Sie wissen, zu den Leuten, die man Katholiken nennt.“

„Wirklich, das ist mir neu.“ Es klang aber mehr wie schadel! Sie blieb wieder an einem Rosenstrauch stehen, zwipfte hier und da herum, warbte sich plötzlich um und gab Ziegler hastig die Hand: „Sch danke Ihnen,“ und sie bückte in einen dunkeln Laubengang hinein.

Ziegler blickte ihr erst verblüfft nach, dann schritt er rüstig bergab und überlegte dabei, ob Herr v. Wernolt eine geeignete Persönlichkeit sei, um Helene werben zu dürfen, abgesehen von seiner unsympathischen religiösen Auffassung. Er sprach ein kurzes „Mein“ vor sich hin und bedauerte nicht mehr, ihr davon erzählt zu haben. Sie würde sich leichter abfinden. Im übrigen — in einigen Monaten verließ Herr v. Wernolt Heiligenberg. Andere Stadtkinder, andere Mädchen!

Außerhalb des Parks nahm er den nächsten Weg über einige siebenig schmale Stufen in das Stadtkinder hinob, auf dessen oberstes Gäßchen die Treppe stieß. Um einige Ecken, dann war er im Pfarrhaus. Er fränte alle möglichen Zeitungen zusammen und verteilte sie in die Abgründe der Politik, die ihm verworrener und unklarer denn je erschienen. In der Mittagsstunde brachte die Post eine Karte von einem Orte jenseits der nahen Landesgrenze mit Grüßen von Vater Vitalis. Der war nun in Sicherheit, die Nacht war gelichtet, die Nacht würde er vielleicht einmal selbst stehen? —

10.

Es war im Oktober, die ersten Hagen kamen bereits gelblich und gebraten auf den Tisch des Saucjes, da gab der Landrat des Kreises Hertenstein, an dessen äußerstem Rand Heiligenberg lag, ein Abendsessen im kleinen Kreise. Landrat war ein Herr v. Sitten Dr. jur., protestantisch, aus der Gegend von Halle stammend. Im Herbst des ruhmreichen Krönungsjahres 71 wurde er von der Regierung nach diesem in seiner großen Mehrheit katholischen Kreise gesandt und zunächst kommissarisch mit der Leitung des Kreises beauftragt. Die Bewohner nahmen diesen Vorgang vielfach unwillig hin; denn bisher galt der Brauch, den Landrat den anständigen Großgrundbesitzerfamilien zu entnehmen, aber neuerdings verfolgte die Regierung, im Bewußtsein ihrer Macht, ein ihr genehmertes System. Unter dem Vorwande, einen Teil des Kreises der Industrie zu erschließen, wurde ein junger Affessor aus dem Herzen Deutschlands gesandt, der zwar von der Eigenart der Bevölkerung auch nicht ein Wort verstand, dessen Vater aber Bismarcks Korpsbruder aus der Göttinger Zeit war. Deshalb mußte der Sohn schleunigst irgendwo Landrat werden, wenn er auch nach Hertenstein hätte wie eine Fabrik in ein liebliches Gebirgs-tal. Aber trotzdem brachte es die Regierung durch einen Druck auf die Kreisstaatsabgeordneten, die in ihrer Mehrheit protestantische Melereoffiziere waren und die Katholiken mit einem Kampfe hatten, dahin, daß der Affessor mit einer Stimme Mehrheit, scheinbar ordnungsgemäß, zum Landrat gewählt wurde. Abgesehen von dem Mangel seiner Eignung für diesen Kreis, war er ein strebsamer Beamter, der sich der Umgebung anpassen mußte. Er war ein Herr Mitte der Dreißiger, eine stattliche, hochgewachsene Erscheinung, mit einer Stimme, die das

Kommandieren verstand. Sein Auftreten war bemerkenswert, sein langer welliger Schamurbart rollte bis zu den Ohren hinüber, sonst erhielt sein Gesicht durchaus nichts Außergewöhnliches, abgesehen von einigen tiefen Narben, die über Wangen und Stirn hinliefen, und die nach jedem starken Alkoholgenuß feuerrot hervortraten; seine Visitenkarte als einflussiger Korpsstudent. Mit Vorliebe trug er am Frack das in weissem Rinnen ausgefärbte Johanniterkreuz und seine Kriegsbrosche, wenn es auch Leute gab, die behaupteten, er hätte sich nie in Lebensgefahr befinden. So mochte aber wohl nur der Neid sprechen.

Er hatte eine heitere, lebenswürdige Gattin mitgebracht, die bei der Nachricht von der Versetzung nach Hertenstein erschrocken ausgerufen hatte: „Dort gehen wir nicht hin!“ Er hatte gelacht: „Landratsposten in jener Provinz sind begehrenswert.“ Sie hatte sich mit ihren zwei Kindern, einem vierjährigen blonden Mädchen und einem noch jüngeren und blonderen Bubin, in dem umfangreichen Städtchen und der schönen Umgebung längst eingeblendet, gründete vaterländische Frauenvereine, richtete Suppenküchen ein, baute Waisenhäuser und sammelte für protestantische Kirchenbauten. So der Willkürkreis der Frau Landrätin. Im übrigen war sie zurückhaltend und verkehrte nur mit den vornehmsten einflussreichen Adelsfamilien, ohne hierbei an dem Unterschied der Konfessionen auch nur den geringsten Anstoß zu nehmen. Wie es gerade paßte. Somit war sie unbedeutenden Geistes und besaß wenig höhere Interessen.

(Fortsetzung folgt.)

lungen. ... zum Reichs...

Baden.

Eine „Enthüllung“ eigener Art

finden wir in der Südd. Ztg. Nr. 447. In einem Artikel „Der Kommunismus in Baden“ wird der bad. Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie nichts zur Bekämpfung des Kommunismus getan habe...

Wir teilen diese neueste Enthüllung der weiteren Öffentlichkeit mit, zumal bis zur Stunde niemand etwas davon wußte und erfährt, welche ersprießliche Tätigkeit die deutschnationale Volkspartei im Kampf gegen den Kommunismus bisher ausgeübt hat...

Doch im Ernst: weiß die Südd. Ztg. nichts davon, daß die bad. Regierung der ganzen Öffentlichkeit sehr wertvolle und im Kampf gegen das kommunistische Treiben sehr brauchbare Informationen nach kommunistischen Akten gegeben hat?

Zur Kartoffellieferung.

In der Karlsruher Zeitung vom Freitag, den 19. Oktober, Nr. 243, ist in einer amtlichen Mitteilung über die Trostlosigkeit der Kartoffellieferung u. a. Folgendes gelehrt: „Eine große Verantwortung liegt daran in dieser Zeit auf der badischen Landwirtschaft...“

Dazu schreibt uns der Verband bad. Landw. Genossenschaften: Demgegenüber glauben wir im Interesse des Berufsstandes der badischen Bauern Folgendes feststellen zu sollen: Baden war von jeher Bedarfsland und ist es in diesem Jahre umso mehr, als Ueberflussegebiete des Landes eine Fehlernte hatten und nicht nur nichts abgeben, sondern sogar Bedarfsgebiete geworden sind...

genossenschaft, die bei einem Auftragsbestand von über 2000 Wagen nur mit einem Aufkommen von rund 300 Wagen in Baden bestenfalls rechnet. Daß nicht mehr norddeutsche Ware schon abgerollt ist, hängt mit der Schwierigkeit zusammen, welche die Genossenschaftsverbände bei der Beschaffung der für den Einkauf nötigen Mittel gefunden haben...

Es hat ferner erschwerend gewirkt die Langsamkeit, mit der die Banken unsere Gelder nach Norddeutschland brachten und die Tatsache, daß die Papiermark dort keine Abnehmer fand. In Hessen aber sind die Schwierigkeiten nicht aufgetreten, weil die Regierung unserem Schwesterverbände große Vorräte an Gold- und Dollar-Schabanweisungen zum Zwecke des Kartoffelkaufs zur Verfügung gestellt hatte...

Die Verbürgung wertbeständiger Kredite, die uns vor Tagen in die Lage versetzt hätte, große Mengen norddeutscher Ware zu erfassen und hereinzubringen, hat die badische Regierung ausdrücklich und wiederholt abgelehnt. Unter diesen Umständen erscheint es nicht anständig, das Verschulden an dem gegenwärtigen Stand der Kartoffellieferung Badens lediglich auf Seite der Produzenten zu suchen...

Ein gerüttelt Teil Schuld liegt auch auf anderer Seite und in verschiedenen Erscheinungen des Bankgewerbes. Wir benötigen die Gelegenheit, um an die Landwirte Badens erneut die Bitte zu richten, ihre Kartoffeln unteren Abweiskäufen und Aufkäufern gegen die wertbeständigen Kaufmittel, die ab Mittwoch, den 24. ds. Mts. in deren Hand sein werden, unverzüglich abzugeben...

Gegenwärtig liegt man viel darüber, wer die Schuld an der schlechten Kartoffellieferung der Städte trägt. Was ist schuld, daß bis heute so wenig Kartoffeln abgeliefert worden sind? Vor allem die strichweise schlechte Ernte, besonders hier oben im Hegau, wo mancher lieber froh war, wenn er die Saatkartoffeln wieder bekam vor lauter Trockenheit...

Die badische Regierung hat inzwischen, wie wir gestern berichteten, ein wertbeständiges Geld geschaffen gerade zu dem Zweck, daß die Landwirtschaft ohne eigenen Schaden, soweit sie dazu instande ist, Kartoffeln und andere Lebensmittel in die Städte schaffen kann. Soweit also die schlechte Ernte bezüglich der Kartoffeln in den trockeneren Landstrichen es nicht verhindert, liegt für die folgende Zeit kein Grund vor mit der Kartoffellieferung zurückzuhalten...

Zeit kein Grund vor mit der Kartoffellieferung zurückzuhalten. Wir hoffen, daß das wertbeständige Geld in die Hände von möglichst vielen Leuten kommt. Das will auch die Regierung, weshalb auch die Banken beim Vertrieb des Geldes ausgeschaltet sind.

Chronik.

Baden.

Wersheim, 22. Oktober. Im benachbarten Waldhausen wurden drei auswärtige Burken im Alter von 18-20 Jahren wegen Diebstahls festgenommen. Man fand bei ihnen ein Tagebuch, in das sie 20 in letzter Zeit begangene Diebstähle eingetragen hatten.

Waldshut, 21. Oktober. Die Lanza-Werke, die etwa 7-800 Arbeiter beschäftigen, sind stillgelegt und der größte Teil der Arbeiter ist entlassen worden.

Konstanz, 21. Oktober. Das Konstanzer Jägerbataillon, das schon einige Tage in Maribereitschaft war, ist gestern vormittag mit unbekanntem Ziel abtransportiert worden. Eine Kompanie ist am Standort zurückgeblieben.

Altmansdorf (Amt Konstanz), 20. Oktober. Im hiesigen Ort tritt der Keuchhusten epidemisch auf. Bisher sind ca. 30 Krankheitsfälle festgestellt worden und zwar hauptsächlich bei Kindern im Alter von 1-3 Jahren.

Betriebsräteversammlung in Lahr.

Karlsruhe, 23. Okt. Am Montag den 22. Okt. fand in Lahr eine Betriebsräteversammlung als öffentliche Versammlung statt, ohne daß die hierzu erforderliche Genehmigung eingeholt war. Während der Versammlung und nach dieser bis in die späten Nachtstunden haben sich kommunistische Gruppen auf der Straße gezeigt, in der offensiblen Absicht die Straße zu beherrschen. Um weitere Geheimgänge zu vermeiden und die Veranstalter zur Rechenschaft ziehen zu können, ist heute morgen zur Verstärkung der örtlichen Polizeikräfte staatliche Polizei in Lahr eingesetzt worden. Verschiedene Festnahmen sind erfolgt. Die gerichtliche Untersuchung der Vorgänge ist im Gange.

Die Stadt Karlsruhe und das Wirtschaftselend.

Brot-, Kartoffel-, Fleisch- und Milchversorgung, Gas- und Strompreise.

Not und Elend schreien durch Deutschland und bitten bei Reich, Länder und Gemeinden um Hilfe und Abwehr. Gerade in einer Zeit, in der diese vor dem kaum verhüllten Bankrott stehen. Die zuständigen Behörden tun alles, was in ihren Kräften steht, um das wirtschaftliche Elend zu bekämpfen. Auch in Karlsruhe werden darin anerkennenswerte Bemühungen gemacht. Um die Öffentlichkeit über die dabei getroffenen Maßnahmen aufzuklären, wurden gestern die Vertreter der Karlsruher Zeitungen in das Rathaus geladen, dem Herr Bürgermeister Dr. Hofmann ausführte, ist es von Wichtigkeit, daß Stadtverwaltung und Presse und damit die Öffentlichkeit den Kontakt nicht verlieren. Daraus werden Gegenmaßnahmen am besten vermieden.

Die Brotversorgung wird für viele Kreise sehr erschwert durch die katastrophale Preisgestaltung. So kostet ab gestern der kleine Laib eine Million und der große das Doppelte. Diese Erhöhung der Brotpreise ist die automatische Folge der Aufhebung der Zwangswirtschaft in Getreide am 15. Oktober d. J. Dadurch fielen die Verbilligungszuschüsse des Reiches weg. Der jetzige Brotpreis ist aber auch nur deshalb möglich, weil Karlsruhe von der Möglichkeit Gebrauch macht, Brotgetreide von der Reichsgetreidestelle anzufordern. Diese Bestellungen werden, genau so wie im freien Handel, auf Goldmark berechnet, dabei wird aber eine vierzehntägige Zahlungsfrist ohne Geldwertminderung zugestanden. Dadurch wurde es ermöglicht, den Brotpreis nur halb so hoch zu bemessen, als es im freien Handel der Fall wäre. Durch eine 80prozentige Auszahlung wurde die Qualität des Brotes gebessert. Außerdem wurde vom Ministerium die Herstellung von Weißbrot, mit Ausnahme des Kleingebäcks, verboten, so daß wir jetzt ein Einheitsbrot haben. Die Martenbesitzer haben bei der Brotversorgung das Vorrecht und auf Grund der vom Bäcker abgelieferten Marken erhält dieser das Mehl zugeteilt. Da Mannheim im besten Gebiet gerechnet wird, ist dort der Brotpreis, infolge der Zuschüsse des Reiches, niedriger. Dasselbe für Karlsruhe zu erlangen, war nicht möglich. In der Herbeischaffung von

Kartoffeln hat die Stadtverwaltung große Anstrengungen gemacht. Ueber 100 Eisenbahnwagen wurden bis jetzt städtischer-

seits zum Kleinverkauf gebracht. Die Winterverföhrung wird organisiert durch Wechselverpflichtungen mit der Reichsbank, für die das Land garantiert. Mittels dieser Kredite, die sich bis jetzt auf 70 Millionen belaufen, schafft die Stadt in eigener Verwaltung und unter Vermittlung von Privatfirmen Kartoffeln herein. Für die Anlage einer Winterreserve sind Maßnahmen getroffen. Der Preis für ein Pfund Kartoffeln beträgt zur Zeit 100 Millionen Mark, was deshalb möglich ist, weil für die Rückzahlung eines Teils der Kredite die Reichsbank keine Geldwertminderung verlangt. Daß Händler mit Krediten, die sie von der Stadt erhalten haben, andere Gebiete vorziehen, ist nicht erwiesen. Da ein Teil der Bevölkerung sich schon bei den Kleinverkäufen mit Kartoffelvorrat eingedeckt hat, ein anderer durch Verwandte oder Bekannte auf dem Land seine Kartoffeln bezieht, scheint durch diese Maßnahmen die Winterbevorratung mit Kartoffeln gesichert.

Zur Aufrechterhaltung der

Fleischversorgung

griff die Regierung zum Viehmarktzwang. Diese Verordnung verbietet die Ausfuhr von Schlachttier, wenn es nicht vorher auf badischen Märkten zum Verkauf dargeboten wurde. Man erhofft davon einen günstigen Einfluß auf die Preisbildung.

Interessante Ausschüsse wurden gegeben über den

Milchpreis.

Der Verkaufspreis für einen Liter Milch stellt sich ab heute auf eine Million. Dieser hohe Preis wird durch die hiesige Molkereierzeugung bedingt, für die der Preis 900 Millionen beträgt. Der Erzeugerpreis für die Landwirte ist 475 Millionen. Da die Molkereien ein Drittel des Karlsruher Milchbedarfs decken, beträgt der Durchschnittserzeugerpreis 635 Millionen. Dazu kommen dann 50 Millionen Frachtkosten, 70 Millionen Sammelkosten, außerdem noch Beförderungskosten, Betriebskosten und 8 Millionen Abschreibung des Milchamts. Der kürzlich gegründete Landesverband der badischen Milchbedarfsvereine führt die jeweiligen Verhandlungen. Mannheim und Heidelberg haben keine niederen Milchpreise als Karlsruhe. Durch Fürsorgemaßnahmen der Stadt und des Reichs sucht man den Unvermögendsten den Milchbezug zu ermöglichen. Ein Thema, das hier und in anderen badischen und deutschen Städten viel Staub aufwirbelt und selbst die Staatsanwaltschaft in Bewegung bringt, sind die

Gas- und Strompreise.

Diese Preise bauen sich auf den Kohlenpreisen auf und für diese gilt die Goldmarkrechnung. Die Preiskalkulation für Gas ist im Verhältnis zu früher eine andere geworden. Man braucht nicht mehr sämtliche Gesehensstoffe auf die Gaspreise zu schlagen, infolge der besseren Bewertung der Abfallprodukte. Doch sind die Preise so gering, daß die Werke damit nicht auskommen können. Ausschreibungen sind nicht mehr möglich. Dasselbe ist auch beim Elektrizitätswert der Fall. Damit erledigt sich das Märchen: die Stadtwerke seien die Rettung der Stadtverwaltung. Da alles auf Goldmarkrechnung überging, müssen auch die Stadtwerke folgen. Es folgt jetzt ein Kubikmeter Gas 1,2 Milliarden, eine Kilowattstunde elektrisches Licht 2,7 Milliarden und ein Zentner Koks 20 Milliarden. Welche Riesenummen die Stadt benötigt, erhellt daraus, daß die Werke im Tag 70 Billionen erfordern. Die Goldmarkrechnung ist auch nur relativ, denn zwischen Ablesen und Bezahlung vergeht immerhin eine gewisse Zeit, in der die Geldwertminderung fortgeschritten ist. Die Rechnungen bei der Bezahlung nach dem Tagesstand der Goldmark zu verrechnen, ist für die Verbraucher untragbar. Die Gutscheine wurden aufgegeben infolge der Einwertung; die Stadt beschließt aber, nächstens Goldmarkrechnung herauszugeben.

Biel Erregung verursacht vor einigen Tagen die Wahrnehmung, daß trotzdem die Kohlenpreise infolge des Wegfalls der Kohlensteuer am 15. Oktober heruntergesetzt wurden, der Kohlenleinhandel schon am 18. Oktober die Preise wieder hinaufsetzte. Das ist eine Folge der Frachtarifserhöhung auf diesem Tag und diese mag die Preisdifferenz wieder auf. Die Berechnung der Kohle geschieht so: man legt einen Grundnotmarktpreis fest, die Unkosten dazu geschlagen gibt den Papiermarktpreis. Die Bepreisung, die als eine dauernde Einrichtung gedacht ist, ließ klar erkennen, daß die Freude an der freien Wirtschaft beim Handel sich ganz erheblich abgekühlt hat. Anfangs waren z. B. die Bäcker der Meinung, jetzt, nachdem das Reich die Getreidewirtschaft aufgehoben hat, sollen alle Schranken wegfallen. Sie wurden aber später anders gefasst und stimmten der von der Stadt getroffenen und eingangs berichteten Brotversorgung zu. Sie bekamen anscheinend Angst vor dem schäftsgebaren des Handels. Gemeinsam mit der Stadt und dem Lebensbedürfnisverein sorgen sie für die Finanzierung der Getreidewirtschaft. Die Regierung, die die Wohlfahrt des freien Handels voll genießen, wollen von der Stadt einen Kredit zur Fleischbeschaffung haben. So sehen wir, das zwischenschwebende Schwert der Goldrechnung und Dollarkalkulation trifft schließlich den eigenen Herrn. Die Konsumenten haben schon anfangs die Gefahr der Zerdrückung der wirtschaftlich Schwächeren durch die Goldmarkrechnung vorausgesehen und am eigenen Körper gespürt. Nachdem nun einmal die Goldmarkrechnung eingeführt ist, handelt es sich nur noch um die Gewährung von Goldschönem, die womöglich öfters in der Woche ausbezahlt werden sollen. Denn was für den einen recht ist, ist für den andern billig!

Leben.

Wirtschaftsmarktlage

Die wirtschaftliche Lage ist in der letzten Zeit in der badischen Landwirtschaft ungeheuer bleiern, dann wird die Regierung gewonnen sein, eine Zwangsaufgabe zur Kartoffellieferung durchzuführen. Die Regierung hat Auftrag gegeben, für die Auslieferung einer Kartoffelumlage die nötigen Vorarbeiten zu treffen. Nur wenn die Landwirtschaft freiwillig abzuliefern sich bereit erklärt, kann die Regierung auf die Durchführung dieses Planes verzichten.

Die Gattin

Die Gattin mit der Verheiratung hatte. Dort steht: „Sandratenswert.“ Sie einem vierjährigen jüngeren und reichen Ständelängst eingelebt, ne, richteete Suppe und sammelte So der Pflichten war sie zu den vornehmen hierbei an dem in den geringsten e bahte. Sonst bejaß wenig

OSRAM LAMPEN kauft und braucht die ganze Welt. OSRAM NITRA OSRAM muß auf der Glaslocke stehen.

